

■ Nach längeren Verhandlungen zwischen der Bildungs- und der Finanzsenatorin hat die rot-grüne Koalition am 28. Juni 2012 beschlossen, dass für die Stadt Bremen bis zu 110 neue Lehrkräfte eingestellt werden können. Um die bisherige Unterrichtsversorgung zu sichern, wären ca. 170 Stellen notwendig gewesen.

Die Schulen bleiben deshalb unterversorgt. Fertig ausgebildete ReferendarInnen werden trotz teilweiser mündlichen Einstellungszusagen

## Schuljahresstart

in Bremen mit weniger Lehrkräften und zusätzlichen Kürzungen

nicht übernommen. Kurzfristig wird das Versetzungskarrussell in Gang gesetzt, um an einigen Schulen große

Löcher zu stopfen und an anderen Schulen solche aufzureißen. Die betroffenen KollegInnen gehen mit Ungewissheit über ihren zukünftigen Einsatz in die Sommerferien. Das Schuljahr wird aufgrund der Kürzungen und zeitlichen Verzögerungen schlecht starten. Stundenpläne werden Lücken aufweisen und verspätet erstellt werden.

Das Finanzressort hatte ursprünglich einen Einstellungsstopp vorgesehen, weil die Bildung angeblich rechnerisch übersorgt ist. Dieser Einstellungsstopp konnte aufgrund der vielen Proteste von GEW, ZEB, GSV und Schulleitervereinigung verhindert werden, aber die beschlossenen Einstellungen auf 110 Lehrerstellen werden durch Umverteilung des Haushaltes innerhalb des Bildungsressorts finanziert, indem dort an anderer Stelle gekürzt wird. Kürzungsmaßnahmen sind:

- Streichung von 80 Plätze für auszubildende ReferendarInnen
- Vorerst keine Weiterbildung von

Lehrkräften zu im Rahmen der Inklusion benötigten SonderpädagogInnen

- Erhebliche Kürzung bei der Lehrerfortbildung des LIS
- Keine Erhöhung bei der Ausbildungsplätze für ErzieherInnen, die aufgrund des KiTa-Ausbaus vorgesehen war

Die 110 Lehrerstellen sollen durch beabsichtigte Teilzeitverträge auf mehr Personen verteilt werden. Das klingt zwar sozial, stellt aber angesichts der geringen Berufsanfängergehälter für viele junge KollegInnen eine Zumutung dar.

Für die GEW ist offensichtlich, dass der verabschiedete Bildungsetat weder für eine qualitativ gut ausgestattete Schule noch für die von der Koalition beschlossenen Schulentwicklungsvorhaben reicht. Wer Inklusion, Sprachförderung, Ober-schul-ausbau und Ganztags-schulen beschließt, muss dafür auch zusätzliches Geld bereit stellen!

Harry Eisenach



## »Plakativer Spaziergang«

in Bremerhaven

■ Mittlerweile machen in Bremerhaven Überlegungen über erhebliche Kürzungen die Runde. Nach unseren Informationen sind besonders gefährdet:

- sog. Profilangebote in der Sekundarstufe 1 und der Primarstufe;
- die Betreuung der mit großer Öffentlichkeitsarbeit eingerichteten Leseclubs;
- Maßnahmen für Kinder, die eine Sprachunterstützung benötigen (Deutsch als Zweitsprache, LRS-Förderung).

Außer den aktuellen Maßnahmen spielt zudem noch eine Rolle:

- Die Lehr- und Lernmitteluweisungen verharren seit Jahren auf einem Niveau, bei dem die Vorgabe der Verfassung nach Lehr- und Lernmittelfreiheit gefährdet ist. Es gibt weder einen Inflationsausgleich noch Mittel, die der Armut in der Stadt Rechnung tragen. Schon gar nicht kommt man den Anforderungen aus der Inklusion nach: Sollten Lernprozesse individualisiert werden, hat man einen Zusatzbedarf. Manche Schulen helfen sich über Elternbeiträge zu Lernmaterialien über die Runden, andere Kinder werden von Bildungsangeboten ausgegrenzt;
- das ReBUZ (Regionales Betreuungs- und Unterstützungszent-

rum), ein Kernstück der Schulreform, hat noch nicht einmal alle geplanten Stellen ausgeschrieben. Damit ist unklar, wie auch die engagiertesten KollegInnen ihren Aufgaben gerecht werden sollen. Für die Sekundarstufe wII ein entsprechender Prozess noch nicht einmal eingeleitet;

- die Schulsozialarbeit, ein wichtiges Element zur Einleitung erfolgreicher Bildungsprozesse, sollte auf alle Schulen der Primarstufe ausgedehnt werden. Bislang gibt es kein Signal dazu.

Wie heikel die Situation ist, zeigt schon die Tatsache, dass für die Schulen immer noch eine Bedarfsberechnung fehlt, wie viele Lehrkräfte ihnen im kommenden Schuljahr zugewiesen werden sollen. Dies legt die Vermutung nahe, dass die personelle Versorgung nicht gesichert ist. Die Bremerhavener Schulen benötigen endlich einen »Rettungsschirm«. Deshalb haben GEW und ZEB mit einem Auftaktspaziergang durch die Bürger auf die Lage an den Schulen aufmerksam gemacht.

Bernd Winkelmann